

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 56 (1977)
Heft: 5

Artikel: Spanien zwischen gestern und morgen
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339332>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Spanien zwischen gestern und morgen

Ein Besuch in dem nun endlich befreiten Madrid gibt das beglückende Bewusstsein, dass die letzte nichtkommunistische Tyrannei in Europa definitiv zusammengebrochen ist und dass sich der spanischen Demokratie und ihrer stärksten Stütze, der sozialistischen Bewegung Spaniens, gewaltige Entwicklungsmöglichkeiten erschliessen, die das Gesicht Europas merklich im günstigen Sinne verändern werden. Ob nun der vom König eingesetzte Ministerpräsident Adolfo Suárez vor allem darauf ausgeht, soviel als möglich von der dunklen Vergangenheit am Leben zu erhalten, oder ob er es mit der Demokratisierung ehrlich meint, ist heute nicht mehr entscheidend, da der Durchbruch zur Demokratie nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Nichtsdestoweniger hat er, der ein Mann der Vergangenheit ist, genügend Anpassungsfähigkeit an die Gegenwart bewiesen und hat die Richtigkeit des an die Wände von Madrider Untergrundbahnstationen gekritzelten Schlagwortes «1977 plus Suárez = 1936» widerlegt. (Mit 1936 ist der Beginn von Francos Aufstand gegen die Demokratie gemeint.) Zwar weiss man im Augenblick, da diese Zeilen zu Papier gebracht werden, den genauen Wahltermin noch nicht, aber in der ersten Junihälfte 1977 wird Spanien zum erstenmal seit mehr als vierzig Jahren wirklich demokratische Wahlen erleben.

Positives und Negatives im Wahlrecht

Die von der Regierung verlautbarte Wahlordnung für das Parlament enthält eine Reihe von Bestimmungen, die von der demokratischen Opposition günstig aufgenommen wurden, während andere darauf hinzielen, im Wege der Wahlgeometrie die konservativen Tendenzen im Lande zu stärken. Nicht wählbar in eine der vorgesehenen zwei Kammern sind Minister, hohe Beamte, Richter, Funktionäre der noch bestehenden Falange und der staatlichen «Gewerkschaften» sowie aktive Militärs. Sie müssen, falls sie kandidieren wollen, acht Tage nach Wahlausschreibung ihr Amt zurücklegen. Wenngleich die demokratische Opposition mit ihrer Forderung, dass der Rücktritt vom Amt vor mindestens sechs Monaten erfolgt sein müsste, nicht durchgedrungen ist, begrüsst sie diese Bestimmung doch als einen wichtigen Fortschritt. Aber sie beanstandet, dass der Ministerpräsident von diesem Verbot ausgenommen wird. Ein anderer Versuch der gegenwärtigen Regierung den Wahlausgang im konservativen Sinne zu beeinflussen, besteht in dem Festhalten an einem Mindestwahlalter von 21 Jahren. Hätte man so wie in den meisten demokratischen Staaten Europas das Mindestalter auf 18 gesenkt, wären 2½ Millionen Menschen mehr, das sind nicht weniger als 10 Prozent der Gesamtzahl, wahlberechtigt gewesen. Eine Besonderheit des neuen spanischen Wahlrechts ist eine

Sperrklausel von 3 Prozent nicht im gesamtstaatlichen Umfang, sondern pro Wahlkreis: Eine Partei, die nicht mindestens in einem Wahlkreis 3 Prozent aufbringt, wird im Abgeordnetenhaus nicht vertreten sein. Die zweite Kammer, der Senat, wird vier Mitglieder für jeden der 50 Wahlkreise umfassen, die nach dem Prinzip des Mehrheitswahlrechtes gewählt werden. Das weit wichtigere Abgeordnetenhaus wird nach dem Verhältniswahlrecht gewählt; jeder der 50 Wahlkreise entsendet mindestens drei der insgesamt 350 Abgeordneten. Hier macht sich wieder eine Bevorzugung der konservativen ländlichen Gebiete gegenüber den industriellen Zentren bemerkbar – eine Erscheinung, die wir allerdings auch in vielen unbestritten demokratischen Ländern vorfinden. Der Wahlkreis Barcelona stellt 33, der Wahlkreis Madrid 32 Abgeordnete, beide haben etwa 4 Millionen Einwohner, aber Wahlkreise mit weniger als 200 000 Einwohnern haben alle je drei Abgeordnete.

Die Position der Sozialisten

Leider sieht es nicht danach aus, dass die Sozialisten mit einer einheitlichen Liste in die Wahlen werden eintreten können. Die zweifellos stärkste sozialistische Partei, die Partido Socialista Obrero Español (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) bemüht sich um ein Übereinkommen mit lokalen und regionalen Gruppen, wie zum Beispiel mit den Sozialisten der wichtigen Provinz Katalanien, doch ist eine Einigung auf eine gemeinsame Liste bisher auf Schwierigkeiten gestossen. Eine neue Erschwernis für die Partei ist das Auftreten einer anderen sozialistischen Gruppe, der die Regierung aus durchsichtigen Gründen die Benützung des gleichen Namens und der gleichen Abkürzung PSOE bewilligt hat. Die Vertreter dieser Gruppierung setzen sich sehr energisch gegen den Vorwurf zur Wehr, sie seien Werkzeuge einer undemokratischen, die Kräfte von gestern vertretenden Regierung, und haben sich zu ihrem Titel in Klammer den Buchstaben «H» zugelegt für «Historico», während die von der Sozialistischen Internationale anerkannte und ihr angehörende Partei als PSOE (R) auftritt, wobei «R» für «Renovado» steht. Die Gegner der PSOE (R) setzen ihr aus, sie sei nicht als eine von der Sozialistischen Internationale von aussen her geschaffene und den spanischen Arbeitern aufdiktierte Gruppierung. (In einem Streit zwischen zwei vom Inland her verstärkten Emigrationsgruppen um die «Erstgeburt» hat sich die Internationale 1972 für die Gruppe entschieden, aus der dann die «erneuerte» PSOE hervorgegangen ist.) Das beruht natürlich auf einer wesentlichen Überschätzung der Möglichkeiten der Sozialistischen Internationale, zeigt aber, dass diese im Bewusstsein der zur Demokratie erwachenden Nationen – denn das gleiche gilt für Portugal – eine weit grössere Bedeutung hat als in den Ländern mit einer «alten» Demokratie. Der Besucher aus einem solchen Land lächelt natürlich nur, wenn ihm eingeflüstert wird, dass der Generalsekretär der PSOE (R), der 37jährige Anwalt Felipe González, ein

Bauernsohn aus Andalusien, nur eine «Kreatur von Willy Brandt» sei. González mag als Kompromisskandidat zwischen zwei andern Bewerbern um das Amt des Generalsekretärs gewählt worden sein, aber er ist eine populäre und die Massen mitreissende Persönlichkeit, bei der man kaum fehlgeht, wenn man ihr eine grosse politische Zukunft im innerstädtischen und im internationalen Rahmen prophezeit. Links von der PSOE steht die Partido Socialista Populare (PSP), geführt von Professor Enrique Tierno Galván, einem Mann, der auch bei Andersdenkenden grosses Ansehen besitzt.

Die Stellung der Kommunisten

Werden die spanischen Kommunisten bei den Wahlen ebenso schlecht abschneiden wie die portugiesischen? Man sagt ihnen nur zehn Prozent der Stimmen voraus. Die spanischen Kommunisten unterscheiden sich von den portugiesischen dadurch, dass sie sich laut zu dem bekennen, was man neuerdings «Eurokommunismus» nennt, das heisst einen Kommunismus, der von sich sagt, dass er die demokratischen Spielregeln einzuhalten gedenkt und an ein Mehrparteiensystem glaubt. Während es den portugiesischen Kommunisten bei allen ihren sonstigen Misserfolgen durch rasches Zugreifen gelungen ist, sich in der Gewerkschaftsbewegung Positionen zu erringen, aus denen sie schwer wieder verdrängt werden können, hat sich die neuerstandene freigewerkschaftliche spanische Zentrale UGT eindeutig zur Demokratie bekannt. Trotzdem dürften die in den «Arbeiterkommissionen» gewerkschaftlich organisierten Kommunisten einen über ihre zahlenmässige Stärke hinausgehenden Einfluss nehmen. Man munkelt sogar davon, dass der gegenwärtige Ministerpräsident Suárez sich vorstellt, durch einen Geheimpakt mit den Kommunisten, die ihm Arbeitsfrieden garantieren würden, nach den Wahlen an der Macht bleiben zu können.

Baskischer Separatismus, katalonische Autonomiebestrebungen

Eine der schwersten Sorgen, mit denen die neue spanische Demokratie zu ringen haben wird, bilden die regionalen Probleme, praktisch vor allem das baskische und katalanische, die nicht einfach dadurch gelöst werden können, dass das neue Spanien die Unterdrückung der baskischen und der katalanischen Sprache durch das Franco-Regime abschafft. In geschickter Ausnützung der Situation haben sich die Kommunisten als eine Föderation regionaler Parteien organisiert, während die PSOE (R) bei allen Bekenntnissen zum Föderalismus doch im Grunde eine zentralistisch organisierte Partei ist. Die Beschlüsse ihres Parteitages vom Dezember 1976 verkünden als Ziel die Errichtung einer «föderalen Republik der arbeitenden Menschen, in die alle Völker des Staates Spanien integriert sind». (Die Partei lehnt sich aber im Augenblick gegen die Wiedererrichtung der Monarchie nicht auf, solange sich der Monarch nicht der Demokratisierung widersetzt.) Die sehr ausführlich formulierten Beschlüsse der Partei

über die Föderalisierung Spaniens betonen wiederholt, dass die einzelnen Spanien bewohnenden Völker das Recht der Selbstbestimmung haben sollen. Sie berufen sich auch ausdrücklich auf den Beschluss des Londoner Kongresses der Zweiten Internationale aus dem Jahre 1896, der zum erstenmal vom Selbstbestimmungsrecht der Völker gesprochen hat. Freilich waren damals die Begriffe noch nicht geklärt, und im deutschen Text der Resolution heisst es nicht «Selbstbestimmungsrecht», sondern Autonomie. In den letzten Dezennien hat es im Rahmen der Vereinten Nationen und anderswo lange Diskussionen über die Natur des Selbstbestimmungsrechtes gegeben, ohne dass man zu einer eindeutigen Formulierung darüber gelangt wäre, wie weit das Selbstbestimmungsrecht des einen erfüllbar ist, ohne das eines anderen oder die Existenz der Gemeinschaft zu gefährden. Auch die PSOE-Resolution gibt darüber keine Klarheit, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass der neuen spanischen Demokratie in dem Versuch, den richtigen Ausgleich zwischen regionaler Autonomie und gesamtstaatlichen Interessen zu finden, grosse Schwierigkeiten bevorstehen werden.

Die Exilregierung tritt ab

Ob sich bei den bevorstehenden Wahlen – nur alte Leute erinnern sich in Spanien noch daran, wie wirkliche Wahlen vor sich gehen, und der jungen Generation sind sie ein neuartiges Erlebnis – die von González geführte PSOE oder der Block der unter falscher Flagge segelnden weniger kompromittierten Überbleibsel des Franco-Regimes als die stärkste Partei erweisen werden – beide rechnen für sich mit etwa 30 Prozent –, ist weniger wichtig, denn das entscheidende Faktum lautet, dass es ohne und gegen die Kräfte des demokratischen Sozialismus keinen Aufbau eines neuen Spanien geben kann.

Da mag es mehr symbolische als praktische Bedeutung haben, dass die bis heute noch bestehende spanische Exilregierung mit einer gewissen Feierlichkeit vom Schauplatz abtritt. Mexiko war durch fast vier Jahrzehnte nicht nur das Mekka der spanischen Emigration. Dort haben Largo Caballero und Juan Negrin, die letzten sozialistischen Regierungschefs der spanischen Republik, ein Asyl gefunden. Mexiko hat auch als einziger Staat die dort etablierte spanische Exilregierung diplomatisch anerkannt und sich geweigert, diplomatische Beziehungen mit Franco-Spanien aufzunehmen. In einer gemeinsamen in Mexiko-City abgehaltenen Zeremonie haben der mexikanische Präsident José López Portillo und der spanische Exilpräsident José Maldonado die Beendigung der diplomatischen Beziehungen verkündet – nunmehr steht der Aufnahme von Beziehungen zu Madrid nichts mehr im Wege. Dazu hat sich der Chef der Exilregierung Fernando Valera zu erklären beeilt, diese werde ihre formale Auflösung erst vollziehen, sobald Spanien eine demokratisch gewählte Regierung hat. Es ist kein alltägliches Ereignis und dürfte die

ganze spanischsprechende Welt beeindruckt, dass eine Exilregierung wegen Erfüllung ihres Zieles ihre Existenz beendet.

Auch wenn den Freiheitsbestrebungen in den kommunistisch regierten Ländern bisher der Erfolg versagt geblieben ist, den Griechen, Portugiesen und Spanier in den letzten Jahren erzielen konnten, sind doch alle Freiheitsbestrebungen in allen Diktatorländern miteinander kommunizierende Gefäße, und es fällt einem unwillkürlich ein Zitat ein, das von tschechischen wie von spanischen Kämpfern für Glaubensfreiheit in einem Atem spricht. Es sind die Schlussverse im Zyklus «Die Albigenser» (die südfranzösischen Albigenser wurden von der Kirche als Ketzer verdammt, gegen die man Kreuzzüge aufbot) des sehr zu Unrecht vergessenen österreichischen Dichters Nikolaus Lenau (1802–1850):

«Das Licht vom Himmel lässt sich nicht versprengen,
noch lässt der Sonnenaufgang sich verhängen
mit Purpurmänteln oder dunklen Kutten.
Den Albigensern folgen die Hussiten
und zahlen blutig heim, was jene litten.
Nach Huss und Ziska kommen Luther, Hutten,
die dreissig Jahr, die Cevennenstreiter,
die Männer der Bastille, und so weiter»

Auf diesem «Und so weiter» beruht der Menschheit ganze Zukunftshoffnung!

Rolf Reventlow

Spanien: Ein neues Haus

Das Volkshaus war einst in Spanien das Symbol der freigewerkschaftlichen Bewegung, im landwirtschaftlichen Andalusien wie in den Bergwerkdistrikten des nördlichen Asturien. Hier war der Sitz der sozialistischen Gewerkschaften des Allgemeinen Arbeiterbundes (Unión General de Trabajadores) und hier fand man auch immer einen Vertreter der Sozialistischen Arbeiterpartei. Im Jahre 1934, nach dem Aufstand der asturischen Bergarbeiter wurden in ganz Spanien die Volkshäuser geschlossen, und im Februar 1936, nach den siegreichen Linkswahlen wurden sie wieder geöffnet. Dann aber kam der Bürgerkrieg und die faschistische Herrschaft, in deren Bereich es nur staatlich verordnete «Gewerkschaften» gab, in denen Unternehmer und Arbeiter unter strenger Aufsicht zusammengefasst wurden.